



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion in der Nidderauer Stadtverordnetenversammlung



Bündnis90/DIE GRÜNEN
Nidderau

An den Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Gunther Reibert
Am Steinweg 1
61130 Nidderau

Andreas Bär
SPD Fraktionsvorsitzender

Auf dem Burgstück 12b
61130 Nidderau
post@andreas-baer.de

18.07.2020

Resolution zum Lärmschutz und der Sicherheit entlang der Bahnstrecke Friedberg-Hanau

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Reibert,

die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellen den folgenden Antrag für die nächste Stadtverordnetenversammlung am 16.09.2020:

Antrag:

Die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, gegenüber der Deutschen Bahn AG bzw. der DB Netz AG aufgrund des zunehmenden Güterverkehrs innerhalb von Nidderau entlang der Bahnstrecke Hanau-Friedberg (Streckennummer 3742) auf die Realisierung technischer und baulicher Lärmschutzmaßnahmen zu drängen.

Ebenso soll die Deutsche Bahn AG bzw. der DB Netz AG Auskunft über den aktuellen Stand der 2016 angekündigten Maßnahmen im Rahmen des Lärmaktionsplans des Bundes sowie dem Nutzungsgrad der sog. „Flüsterbremsen“ an dieser Bahnstrecke geben.

Ergänzend soll der Magistrat vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bitte aktuelle Verkehrszahlen und Verkehrsprognosen zur o.g. Strecke anfordern. Dabei ist insbesondere von Interesse, wie viele Züge dauerhaft auf dieser Strecke werden bzw. wie viele Züge (und wenn ja, bis wann) temporär, beispielsweise durch Umleitungen, diese Strecke befahren.

Darüber hinaus soll der Magistrat die Deutsche Bahn AG bitte auffordern, entlang der Bahnstrecken in Nidderau bauliche Maßnahmen umzusetzen, die ein ebenerdiges Betreten der Gleise ohne weitere Sicherung oder Warnhinweise in Wohngebieten verhindern.

Ergänzend soll der Magistrat die Deutsche Bahn AG bitte auffordern, betroffenen Anliegern Aufwendungen für bauliche (passive) Schallschutzmaßnahmen zu erstatten, analog zum Beispiel der Fraport AG für von Fluglärm Betroffenen bzw. Maßnahmen der Deutschen Bahn AG in anderen Regionen Deutschlands.

Den bisherigen Einsatz des Magistrats für Lärmreduzierungen entlang der Bahntrassen in Form von Stellungnahmen zum Lärmaktionsplan begrüßt die Stadtverordnetenversammlung.

Zur Unterstützung dieser Forderungen sind durch den Magistrat die Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises 180, Dr. Katja Leikert (CDU) und Dr. Sascha Raabe (SPD), einzubeziehen.

Die Rückmeldungen sind im Bau- und Strukturausschuss vorzustellen und zu beraten.

Begründung:

Mit dem Antrag erneuert die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung ihre bereits 2016 gestellte Forderung gegenüber der Deutschen Bahn AG bzw. der DB Netz AG, aufgrund des zunehmenden Güterverkehrs innerhalb von Nidderau entlang der Bahnstrecke Hanau-Friedberg (Streckenummer 3742) technische und bauliche Lärmschutzmaßnahmen zu realisieren. Neu ist die Forderung, dass betroffene Anlieger an dieser Strecke aufgrund des unklaren Zeithorizonts entsprechender Maßnahmen, ähnlich zu Maßnahmen der Fraport AG, Aufwendungen für bauliche (passive) Schallschutzmaßnahmen erstattet bekommen. Ebenso die Forderung, dass bauliche Maßnahmen seitens der Bahn umgesetzt werden, die ein ebenerdiges Betreten der Schienen ohne Hinweise oder Sicherung in Wohngebieten verhindern.

Hintergrund der Forderungen ist die – auch zur Entlastung der stark befahrenen Rheintalbahn initiierte – Zunahme des Güterverkehrs auf der Bahnstrecke Hanau-Friedberg. Bereits im Jahr 2016 beschloss die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung eine Resolution ähnlichen Inhalts. Der Bundestagsabgeordnete Sascha Raabe unterstützte zeitnah die Resolution und holte entsprechende Informationen bei der Deutschen Bahn und dem Bundesverkehrsministerium ein.

Damals äußerte die Bahn, dass in Nidderau im Rahmen des Lärmsanierungsprogramm des Bundes in Nidderau Lärmsanierungen vorgesehen seien. Frühestens im Jahr 2019 wäre mit einem Beginn der Planungen zu rechnen. Die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung möchte wissen, wie der aktuelle Stand des Projekts ist.

Im gleichen Schreiben schrieb die Deutsche Bahn, dass bis 2020 „alle relevanten Wagen“ auf sog. „Flüsterbremsen“ umgerüstet werden sollen. Die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung möchte wissen, wie der aktuelle Umsetzungsstand ist.

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur schrieb ebenfalls im Jahr 2016, dass der Güterverkehr von durchschnittlich 31 Zügen pro Tag im Jahr 2015 auf 57 Züge im Jahr 2025 ansteigen soll. Die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung möchte wissen, wie die aktuellen Zugzahlen und Prognosen sind. Ebenfalls möchte die Nidderauer Stadtverordneten wissen, wie viele der momentan diese Strecke passierenden Güterzüge durchschnittlich mit sog. „Flüsterbremsen“ ausgestattet sind.

Da der Güterverkehr einerseits zunimmt, andererseits keine Perspektiven für bauliche Lärmschutzmaßnahmen entlang der Strecke bekannt sind, fordert die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung die Deutsche Bahn AG auf, betroffenen Anliegern Aufwendungen für bauliche (passive) Schallschutzmaßnahmen zu erstatten, analog zum Beispiel der Fraport AG. Die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung möchte wissen, welche Erstattungsmöglichkeiten für Betroffene bestehen.

Da die Bundesrepublik Deutschland Inhaber der Deutschen Bahn AG ist, fordert die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung zudem die Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises 180, Dr. Katja Leikert (CDU) und Dr. Sascha Raabe (SPD), auf, dieses Anliegen im Deutschen Bundestag und den angeschlossenen Gremien zu unterstützen und der Nidderauer Stadtverordnetenversammlung über ihre Bemühungen zu unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Bär
SPD Fraktionsvorsitzender



Gerrit Rippen
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen